

AMNESTY INTERNATIONAL

Mexiko- und Zentralamerika-Kogruppe (CASA)

## JAHRESRÜCKBLICK 2018



Mexiko- und Zentralamerika-Kogruppe (CASA)

Postfach 13 01 23, 20101 Hamburg

E-Mail: [mail@casa-amnesty.de](mailto:mail@casa-amnesty.de)

[www.casa-amnesty.de](http://www.casa-amnesty.de)

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



V.i.S.d.P.:  
Mexiko- und Zentralamerika-Kogruppe (CASA)  
Anna-Lena Glesinski und Johanna Wild  
Postfach 130123  
20101 Hamburg  
E-Mail: [mail@casa-amnesty.de](mailto:mail@casa-amnesty.de)  
[www.casa-amnesty.de](http://www.casa-amnesty.de)

Mai 2019

Titelfoto: Enthüllung des *Antimonumento* auf dem sogenannten *Zócalo*, dem Platz der Verfassung in Mexiko-Stadt © Amnesty International privat

## Liebe Leserinnen und Leser,

hinter uns liegt ein ereignisreiches Jahr. Eine neue Regierung ist in Mexiko im Amt und ein Ausbruch von Gewalt brach in Nicaragua nach den Protesten im April des vergangenen Jahres aus. Doch unsere Partnerorganisationen geben den Mut nicht auf und setzen sich unermüdlich für Gerechtigkeit und die Einhaltung der Menschenrechte ein.

Wir freuen uns, dass wir im Jahr 2018 besonders viele Gäste aus Lateinamerika in Hamburg begrüßen durften. Aktivist\*innen und die Sängerin Karla Lara berichteten über die Menschenrechtssituation in ihren Ländern und Expert\*innen aus Deutschland analysierten die Lage für uns.

Unser Kogruppenmitglied Wolfgang Grenz bereichert diesen Jahresrückblick mit Fotos und einem Bericht seiner letzten Reise.

Der Jahresrückblick erscheint verspätet, weil unsere Ehrenamtlichen zu Beginn dieses Jahres gleich an zwei Tagungen in Berlin

und Bad Boll beteiligt waren. Es gibt also einen Grund gespannt zu sein auf den Rückblick dieses Jahres.

Ein weiteres Projekt des Jahres 2019 ist der Umzug unserer Homepage und einer neuen Mailadresse. Die neue Adresse der Homepage ist:

<https://amnesty-mexiko-zentralamerika.de>.

Dort finden Sie bereits alle aktuellen Termine und Berichte.

Wir bedanken uns für Ihre Unterstützung, ohne die die Umsetzung unserer Arbeit unmöglich wäre und freuen uns, den einen oder die andere mal bei einer unserer Veranstaltungen kennenzulernen.

Herzliche Grüße

die Mexiko- und Zentralamerika-Kogruppe  
(CASA)

Hamburg, Mai 2019

## Inhalt

Liebe Leserinnen und Leser, .....	3
In eigener Sache.....	5
MEXIKO.....	5
Mexikos neuer Präsident ist kein Linker.....	5
Mexiko – Neue Eindrücke aus einem bekannten Land .....	9
Videobotschaft an den gewählten Präsidenten Mexikos .....	12
GUATEMALA .....	14
Guatemala: Der Kampf der CICIG gegen die Straflosigkeit .....	14
HONDURAS.....	16
Berta Cáceres – Gerechtigkeit in Sicht?.....	16
NICARAGUA.....	19
Tödliche Gewalt gegen Protestierende .....	19
VERANSTALTUNGEN.....	22
Romerotage.....	22
Politisch motivierte Repression in Mexiko .....	22
¡Maiz! Oder wer regiert die Welt?.....	23
Lateinamerikatage.....	24
Mexiko: Gewalt in Guerrero, staatliche Repression und Widerstand .....	24
Mexiko: Gesundheitsversorgung im Süden Mexikos .....	26
Liedvortrag mit Karla Lara.....	29
BERICHTE .....	30
Mexiko: Zwischen Kugeln und Vergessen. Fehlende Schutzmaßnahmen für Landverteidiger*innen in der Region La Sierra Tarahumara .....	30
Mexiko: Die Nationalgarde des Präsidenten López Obrador: Fünf Wahrheiten, die man wissen muss .....	30
Nicaragua: Willkürliche Festnahmen, Folter und außergerichtliche Hinrichtungen: Die Regierung Nicaraguas geht weiterhin mit Gewalt gegen öffentlichen Protest vor. ....	31
Honduras: Protest verboten: Der Einsatz von Gewalt und willkürlicher Verhaftung zur Unterdrückung sozialen Protests.....	32
Shoot to kill: Repressionsstrategien gegen den Protest in Nicaragua .....	33
Welcome-Kampagne: Mexiko verfolgt die systematische Abschiebung von Menschen aus El Salvador, Honduras und Guatemala .....	33

## In eigener Sache

Marianne Grundmann

Als ich 1981 aus Südamerika zurück kam und in die CASA Kogruppe eingetreten bin, traf ich dort auf Marianne Grundmann. Sie kam ebenfalls aus Südamerika, wo sie einige Jahre in Santiago de Chile mit ihrer Familie gelebt und als Lehrerin gearbeitet hatte. Wir beide standen noch stark unter dem Eindruck der Gegensätze von Arm und Reich und der Ungerechtigkeit, die der große Teil der Bevölkerung in diesen Ländern zu erleiden hatte.



Ich habe Marianne als engagierte, großzügige und warm-

herzige Frau erlebt, die sich vehement gegen Menschenrechtsverletzungen in Mittel- und Südamerika eingesetzt hat. Sie war der CASA Kogruppe immer eine großzügige Gastgeberin, anfangs in ihrem Wohnzimmer in Altona, später in ihrer Küche in Uhlenhorst. Lebhaft erinnere ich die legendären Arbeits-Wochenenden in ihrem Wochenendhaus in Garlsdorf.

Ihr Engagement für Mittel- und Südamerika endete nicht in ihrer Amnesty-Arbeit. Ende der 80er Jahre adoptierte sie in Chile ihren Sohn Daniel. Einige Zeit später beendete sie ihre aktive Mitarbeit in der Gruppe, um sich neben ihrer Lehrertätigkeit ganz der Erziehung ihres Sohnes zu widmen.

Waren wir anfangs nur Amnesty Kollegen, sind wir doch schnell Freunde geworden. Diese Freundschaft hat bis zum Ende ihres Lebens gehalten, auch über die Distanz Hamburg-Rheinland.

Ich habe somit mit Marianne nicht nur eine Mitstreiterin für Menschenrechte verloren, sondern eine gute Freundin. Sie ist im Januar diesen Jahres im Alter von 73 Jahren viel zu früh gestorben. Adiós compañera!

Norbert Reize für die Mexiko- und Zentralamerika Kogruppe (CASA)

## MEXIKO

### Mexikos neuer Präsident ist kein Linker

Mit freundlicher Genehmigung des Journalisten, Wolf-Dieter Vogel, veröffentlichen wir seinen im Nachrichtenpool Lateinamerika erschienenen Artikel vom 5.12.2018. Wolf-Dieter Vogel schreibt seit knapp 20 Jahren über Mexiko und andere Staaten der Region. Er lebt in Oaxaca, der Landeshauptstadt des gleichnamigen Bundesstaates.



Andrés Manuel López Obrador Foto: © wiki, ANDES (CC BY-SA 2.0)

(Mexiko-Stadt, 30. November 2018, taz).- Fünf Monate hat Mexikos gewählter Präsident bereits faktisch mitregiert. Am 1. Dezember hat Andrés Manuel López Obrador, kurz AMLO, nun auch offiziell sein Amt übernommen. Gleich nachdem ihm die Mexikaner\*innen am 1. Juli mehrheitlich ihre Stimmen gegeben haben, legte der 64-Jährige los. Seine Vertreter diskutierten mit, als es galt, mit US-Präsident Trump einen neuen Freihandelsvertrag zu vereinbaren. AMLO initiierte Foren, auf denen Angehörige von Gewaltopfern mit künftigen Regierungsmitgliedern über die katastrophale Menschenrechtsslage sprachen. Seine Morena-Partei (*Movimiento Regeneración Nacional*) organisierte Volksbefragungen, in denen das Ende eines im Bau befindlichen Flughafens beschlossen wurde. Niemand interessierte sich noch für seinen regierenden Vorgänger

Enrique Peña Nieto von der ehemaligen Staatspartei PRI (*Partido Revolucionario Institucional*). AMLO stahl ihm die Show.

### **AMLO hat allen alles versprochen.**

Dazu gehört nicht viel. 125.000 Menschen sind in Peña Nietos Amtszeit ermordet worden, Zigtausende verschwunden. Der Drogenkrieg ging in unverminderter Härte weiter, die Lebenshaltungskosten stiegen immens. Zudem war er in einen Korruptionsskandal verwickelt und verhinderte gezielt, dass die Rolle von Soldaten und Bundespolizisten bei der Verschleppung von 43 Studenten des Lehrerseminars Ayotzinapa aufgeklärt wird. Peña Nietos Beliebtheitsgrad war vor den Wahlen in den einstelligen Bereich gesunken. Das sind die Gründe dafür, dass López Obrador 53 Prozent aller Stimmen gewinnen konnte und seine Morena-Partei Parlament und Senat dominiert. Er hat allen alles versprochen: den Opferangehörigen, dass ihre Fälle aufgeklärt und die Straflosigkeit beendet wird; indigenen Gemeinden, dass sie über die Nutzung ihres Lebensraumes bestimmen können. Unternehmern, dass sie weiterhin zum Zug kommen, internationalen Investoren, dass sie in ihren Fabriken günstig produzieren können. Und dass Korruption und Militarisierung des Landes beendet werden. Das Militär werde zu einer „Friedensarmee“, behauptete er.

### **Nein, López Obrador ist kein Linker.**

Nein, López Obrador ist kein Linker. Auch wenn aufgeregte Konservative ihn mit Venezuelas Ex-Präsident Hugo Chávez vergleichen und linke Aktivist\*innen ihn gern so

gesehen hätten. AMLO glaubt an einen ehrlichen Kapitalismus, seine Beliebtheit ist nicht zuletzt auf seine protestantische Ethik zurückzuführen. Man hält ihn für eine ehrliche Haut, und in der Tat ist er einer der wenigen hochrangigen Politiker, dem keine Korruption vorgeworfen werden kann. Er will nicht in den Präsidentenpalast einziehen, verzichtet auf die Hälfte seines Gehalts und eine militärische Leibgarde. Diese Austerität fordert er auch von der Verwaltung. Wer dem Volk dient, muss künftig sechs Tage die Woche arbeiten und auf Privilegien wie eine bessere Sozialversicherung verzichten. Viele Stellen des aufgeblähten Apparats sollen abgebaut werden. Die Aufregung, die das unter staatlichen Angestellten hervorruft, gehört zu den kleineren Problemen, die AMLO haben wird. Der Versuch, Unternehmerinteressen und die Respektierung der Menschenrechte unter einen Hut zu bekommen, wird seine Amtszeit dominieren. Um Arbeitsplätze zu schaffen, will er wirtschaftliche Sonderzonen für internationale Investor\*innen entwickeln. Indigene Gemeinden wehren sich schon lange gegen solche Projekte auf ihrem Boden. Für linke Basisorganisationen ist das ein Grund, ihm den Rücken zu kehren, denn Weltmarktfabriken, Bergbau- und andere Megaprojekte führen oft zu Menschenrechtsverletzungen.

### **AMLO kommt aus der alten PRI-Schule**

Zugleich lässt der Politiker noch vor Amtsantritt entscheiden, dass ein Flughafen nicht gebaut wird – per Volksbefragung ohne verfassungsrechtliche Legitimität. Unternehmer, die bereits Millionen investiert haben, stehen Kopf. Indigene und Linke, denen das

Projekt schon lange ein Dorn im Auge ist, sind dagegen zufrieden. Angesichts der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse kann López Obrador tun, was er will. Zumindest, solange die Morena-Partei mitmacht, die ihre Existenz im Wesentlichen ihm verdankt. Das birgt große Gefahren, zumal AMLOs Legitimität vor allem eine moralische ist. Viele haben ihn gewählt, weil sie ihn für einen guten Menschen halten, der das Beste für seine Bevölkerung will. AMLO kommt aus der alten PRI-Schule, einer autoritären Struktur, in der demokratische Entscheidungsfindungen keine Rolle spielen. Auch er ließ bislang nicht erkennen, dass er darauf Wert legt. Menschenrechtsverletzungen sollen konsequenter verfolgt werden, weil er oder „das Volk“ es will, nicht weil eine demokratische Institution das einklagt. Wer seine Forderungen durchsetzen will, ob Flughafengegner oder Investoren, muss sich mit dem Präsidenten gut stellen.

### **Militäreinheit gegen Kriminalität**

Die Konsequenzen dieser Haltung sind schon jetzt zu spüren. So weigert sich AMLO, der Generalstaatsanwaltschaft einen autonomen Status zuzugestehen – deren Regierungsnähe blockierte alle Ermittlungen über das Verschwinden der Ayotzinapa-Studenten. López Obrador will stattdessen für diesen Fall eine Wahrheitskommission ins Leben rufen. Zugleich wird er das Land weiter militarisieren und eine Neue, 50.000 Personen starke militärische Einheit gründen, die gegen die kriminellen Kartelle vorgehen soll.

Indigene, soziale, feministische und andere Bewegungen werden also weiter Druck machen müssen, um ihre Anliegen durchzusetzen. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger dürfte AMLO ein offenes Ohr für deren Forderungen haben, zumal einige Vertreter\*innen seiner Regierung diesen Gruppen nahe stehen. Die zweite gute Nachricht: López Obrador ist kein aufgeregter Demagoge wie Chávez. Er wird nicht versuchen, Widersprüche zuzuspitzen, und bestenfalls für mehr

Gerechtigkeit sorgen. In einem Land, das durch den Terror der organisierten Kriminalität und andere strukturelle Gewalt ständig zu explodieren droht, hat das fast etwas Beruhigendes.

Link zum Artikel: [www.npla.de/poonal/mexikos-neuer-praesident-ist-kein-linker/](http://www.npla.de/poonal/mexikos-neuer-praesident-ist-kein-linker/), zuerst erschienen in der taz am 30.11.2018.



Demonstration in Mexiko-Stadt am 26. September: Vier Jahre Ayotzinapa Foto © AI privat

## Mexiko – Neue Eindrücke aus einem bekannten Land

Unser Gruppenmitglied und ehemaliger Gruppensprecher Wolfgang Grenz hat im September und Oktober 2018 für vier Wochen Mexiko bereist. Dort hat er viele Eindrücke gesammelt und sich mit verschiedenen Personen getroffen, die sich in Mexiko für Menschenrechte und Geflüchtete einsetzen. Die meisten Bilder in unserem Rundbrief sind während der Reise von Wolfgang aufgenommen worden.



Grenzzaun zwischen Mexiko und den USA bei Ciudad Juárez. Aufschrift: „Ni delincuentes ni ilegales, somos trabajadores internacionales“ (Weder Verbrecher noch Illegale, wir sind internationale Arbeiter). Foto: © AI privat

Seit über 50 Jahren fahre ich regelmäßig nach Mexiko. Im September/Oktober 2018 besuchte ich das Land erneut und sammelte wieder andere und neue Eindrücke. Ich hatte mir den genannten Zeitraum ausgesucht, weil ich unbedingt an den großen Demonstrationen im Gedenken an den Mas-

senmord vom 2. Oktober 1968 an hundert von Studierenden sowie dem vierten Jahrestag des Verschwindens der 43 Studenten von Ayotzinapa teilnehmen wollte.

Vor fünfzig Jahren war ich als Gastforscher am Colegio de México eingeschrieben gewesen und hatte das gesamte Geschehen der

68er Studentenunruhen hautnah miterlebt, das sich in den riesigen Protestmärschen im August/September aufgebaut und am 2. Oktober in der Schießerei einer friedlichen Demonstration auf dem „Platz der Drei Kulturen“ im Stadtteil Tlatelolco seinen Höhepunkt und sein Ende gefunden hatte. Das war genau zehn Tage vor der Eröffnung der Olympischen Spiele. Ich wohnte am Ende der Calle de Hamburgo, einer Parallelstraße zum Paseo de la Reforma, ein Häuserblock vom *Ángel*, dem Unabhängigkeitsdenkmal, entfernt. Dort starteten die Demos, die ich allesamt mitgelaufen war, in der Regel 500.000 Menschen. Das Massaker selbst hatte ich von der Dachterrasse des einzigen Hochhauses im Zentrum der Stadt gesehen. Als Ausländer hatte man mir unter Hinweis auf die mexikanische Verfassung von der Teilnahme abgeraten.

Eine Woche zuvor, am 26. September 2018, beteiligte ich mich an dem Marsch in Erinnerung an das Verschwinden der 43 Studenten der Pädagogischen Hochschule für Landlehrer in Ayotzinapa vor vier Jahren. Vormittags hatte der Anfang Juli mit großer Mehrheit gewählte, aber noch nicht im Amt befindliche Präsident, Andrés Manuel López Obrador, Familienangehörige und Freunde der Studenten von Ayotzinapa empfangen und anschließend auf einer Pressekonferenz das Versprechen abgegeben, endlich zur Klärung des mysteriösen Verschwindens der Studenten beizutragen.

Beide Demos – die vom 26.9. und vom 2.10. – brachten einige zigtausend Menschen auf die Straße und bildeten jeweils

eine ähnliche Gemengelage des Protests wegen des Nicht-Handelns des Staates gegen schwere Menschenrechtsverbrechen, gegen die allgemeine Straflosigkeit und gegen den im Bau befindlichen neuen internationalen Flughafen von Mexiko-Stadt.

Neben längeren Aufenthalten in der Hauptstadt unternahm ich verschiedene Reisen durchs Land: eine davon führte mich in den Norden nach Ciudad Juárez an der Grenze zu den USA.

Vor 15 Jahren hatte ich mich im Rahmen unserer Amnesty-Arbeit mit den Frauenmorden von Ciudad Juárez beschäftigt und war mit dem Film „Señorita Extraviada/Missing Young Woman“ von Lourdes Portillo durch die Lande getingelt. Ich war aber selber noch nie dort gewesen.

Ciudad Juárez bildet gemeinsam mit der Stadt El Paso auf der anderen Seite des tausende Kilometer langen Grenzflusses Rio Grande (mexikanisch: Río Bravo) über vier Brücken einen großen Siedlungsraum mit rd. zwei Millionen Einwohnern. Permanent rollen Güterzüge mit Waren aller Art hin und her. Trotz der Grenzbefestigungen und Kontrollen herrscht ein reger Personenverkehr. Es sind im Wesentlichen US-amerikanische Autofahrer, die hier billig einkaufen. Aber auch viele Mexikaner\*innen fahren täglich mit Sondergenehmigungen per Rad oder im eigenem Auto zur University of Texas at El Paso (UTEP) mit ihren 14.000 eingeschriebenen Studierenden, dem Geschenk eines saudischen Prinzen mit teilweise skurriler buthanesischer Architektur. Der Grenzfluss

ist trotz seines heroischen Namens bei Ciudad Juárez nur ein lächerliches Rinnsal in einem breiten Betonbett. Der Grund: Auf US-Seite wird das Wasser an mehreren Stellen zur Stromgewinnung in Stauseen gehalten.

Donald Trump will zwischen den USA und Mexiko eine Mauer bauen lassen. In und um Ciudad Juárez steht bereits ein unüberwindbar hoher Zaun. Auf den Stahlstangen ist in verschnörkelter Schrift zu lesen „Wir sind weder Verbrecher noch Illegale. Wir sind internationale Arbeiter“. Und jedermann weiß, dass beiderseits dieser Grenze ein riesiges korruptes Potential existiert, das jede Ware – v.a. eben auch Drogen – und fast jeder Mensch mit Geld von der einen Seite zur anderen überwechseln kann.

Nicht zuletzt wegen des dort ansässigen Drogen-Kartells ist Ciudad Juárez berühmt geworden, und der seinerzeit ins Amt berufene Staatspräsident Felipe Calderón Hinojosa hatte 2007 den „Kampf gegen die Drogen“ ausgerufen und 30.000 Soldaten in die Grenzstadt entsandt, in deren Folge zwar große Verwüstungen angerichtet wurden, das Juárez-Kartell aber weiter blühte. Heute ist das Stadtzentrum eine Brachfläche, mit dem Café San Angel in der Mitte – einem Treffpunkt der Künstler- und Kulturszene. Ich war total beeindruckt, was für eine kreative Welt dort entsteht. Spontan kam mir ein Schiller-Zitat aus „Wilhelm Tell“ in den Sinn:

*Das Alte stürzt,  
es ändert sich die Zeit,  
und neues Leben*

*blüht aus den Ruinen.*

Wir hoffen, dass wir im kommenden Mai ein drittes Mal die Theatergruppe „Telón de Arena“ (Vorhang aus Sand) aus Ciudad Juárez zu Gast haben werden. Mit dem Stück „Am Ufer des Flusses“ wollen sie uns erzählen von den kurzzeitigen Wiederbegegnungen zwischen in die USA emigrierten Menschen aus Mexiko und Zentralamerika und ihren daheim gebliebenen Verwandten.

In Mexiko passiert alles und überall gleichzeitig. Mexiko ist ein wunderschönes und sehr attraktives Reiseland. Es ist ein zivilisiertes Land mit wunderbaren Menschen und eine grandiose Kulturnation. Auf der anderen Seite ist Mexiko ein äußerst gewalttätiges Land, wo mächtige und rivalisierende Drogenkartelle morden und weite Regionen beherrschen, über die der Staat die Kontrolle verloren zu haben scheint.

Die Abwahl der traditionellen Parteien im Juli 2018 und der Erdrutschsieg des vermeintlichen Außenseiters Andrés Manuel López Obrador (kurz: AMLO) und seiner zu einer neuen Partei formierten Bewegung MORENA bedeuten einen historischen Einschnitt in der politischen Kultur Mexikos. Mit AMLO steht erstmals seit Jahrzehnten ein Mann an der Spitze des Staates, der ehrlich zu sein scheint. Allein die Hoffnung der Menschen auf einen grundlegenden Wandel, auf ein Ende der herrschenden korrupten Verhältnisse hat eine neue Wirklichkeit geschaffen.

## Videobotschaft an den gewählten Präsidenten Mexikos

Kumi Naidoo, seit August 2018 neuer Generalsekretär von Amnesty International, hat eine Videobotschaft an den frisch gewählten Präsidenten Mexikos, Andrés Manuel López Obrador, gesendet. Andrés Manuel López Obrador trat das Amt am 1. Dezember 2018 an.



Kumi Naidoo, Generalsekretär Amnesty International Foto: © AI

21. November 2018

Verehrter Herr Präsident López Obrador,

seit seiner Gründung vor über 50 Jahren hat Amnesty International Mexiko aufmerksam begleitet. Wir waren Zeugen und haben die schwierigsten Momente dokumentiert, als Mitglieder der Streitkräfte Akte von Folter, gewaltsames Verschwindenlassen und sogar außergerichtliche Hinrichtungen verübt haben, von dem grausamen Massaker von 1968 bis heute.

Im Jahr 2006(1) waren wir vor Ort, als die Strategie zur Bekämpfung des Organisierten

Verbrechens dazu überging, die Militärs auf die Straßen zu schicken, eine Strategie, die sich zum Schutz der Bevölkerung als wirkungslos erwies und die nicht dazu beigetragen hat, den Anstieg der Mordraten und anderer Gewaltakte aufzuhalten.

Heute stehen Sie, Herr Präsident, an einem Scheideweg. Sie können entweder der alten Strategie folgen, oder Sie beschreiten einen neuen Weg und entwickeln andere Schwerpunkte, indem Sie die Streitkräfte allmählich in die Kasernen zurück beordern und indem Mittel in die Schaffung eines Polizeiapparates gesteckt werden, der die Menschenrechte respektiert und dem die Mexikanerinnen und Mexikaner vertrauen können.

Sie, Herr Präsident, haben die Gelegenheit, den Kurs der Geschichte zu verändern. Seitens Amnesty International möchten wir Sie eindringlich bitten, dies zu tun. Sie können mit unserer Unterstützung rechnen, sollten Sie sich dazu entscheiden, die Sicherheitslage in Mexiko zu verändern und damit die gesamte mexikanische Bevölkerung zu schützen.

Wir möchten Sie auffordern, richtig zu handeln und diesen Weg einzuschlagen.

Vielen Dank!

(1) Mexiko hat alle internationalen Menschenrechtsabkommen ratifiziert und diese immer wieder gebrochen. Das Internationale Sekretariat (IS) von Amnesty International hat der Menschenrechtssituation in Mexiko über die Jahre große Aufmerksamkeit gewidmet und stets Verbesserungen angemahnt. So hielt sich vom 28. Mai bis zum 10. Juni 2006 eine IS-Mission unter Leitung von Rupert Knox in Mexiko auf, um vor Ort die schweren Menschenrechtsverletzungen (u.a. in San Salvador Atenco und in Oaxaca) zu untersuchen und zu dokumentieren.

Anfang August 2007 stattete Irene Khan, die damalige Generalsekretärin des IS, mit einer großen Delegation Mexiko einen offiziellen Besuch ab und diskutierte die Lage auch mit Präsident Felipe Calderón Hinojosa (2006-2012). Auf einer anschließenden Pressekonferenz wählte sie die später viel zitierten Worte: "Mexiko hat eine zweigleisige Annäherung an das Thema Menschenrechte gewählt. Auf internationaler Ebene glänzt es, während es im eigenen Land bei der wirksamen Durchsetzung der Menschenrechte für alle Mexikaner scheitert." Seit 2015 sitzen unsere Menschenrechtsbeobachter von Amnesty International in einem neu gegründeten Regionalbüro direkt vor Ort in Mexiko-Stadt.



Willkommenskultur im Rathaus von Palenque. Foto: © AI privat

## GUATEMALA

### Guatemala: Der Kampf der CICIG gegen die Straflosigkeit

Seit 2007 geht die CICIG, die Internationale Kommission gegen Straflosigkeit, erfolgreich gegen das hohe Maß an Straffreiheit in Guatemala vor. Aufgrund der Aufdeckung krimineller Netzwerke bis in den Staatsapparat hinein und einer effizienten Strafverfolgung, wird die Arbeit der internationalen Expert\*innen von der Regierung stark unter Druck gesetzt.

Der Bürgerkrieg in Guatemala (1960-1996), der durch die enorme soziale Ungleichheit zwischen einer kleinen Elite und der armen Landbevölkerung entstand, hinterließ mehr als 200.000 Tote und zigtausend Vertriebene. Die unter dem Diktator José Efraín Ríos Montt (1982-1983) von staatlichen Sicherheitskräften verübten Verbrechen an der mehrheitlich indigenen Bevölkerung wurden als Völkermord klassifiziert. Zusätzlich zu den grausamen Verbrechen hatte der Bürgerkrieg die Zersetzung des Rechtsstaats zur Folge. Aufgrund des zerrütteten Justizsystems und verschobener Machtstrukturen vergrößerte sich der Einfluss krimineller Netzwerke innerhalb des Landes. Dies verhinderte die Verfolgung und Aufklärung der Verbrechen und ermöglichte, dass Täter auch nach Ende des Bürgerkrieges 1996 durch das hohe Maß an Straffreiheit keine juristischen Maßnahmen zu befürchten hatten. Anfang der 2000er Jahre wurde innerhalb der Zivilgesellschaft jedoch die Forderung nach einer internationalen Kommission gegen Straflosigkeit laut, welche unter Anführung der nationalen Souveränität jedoch von der damaligen Regierung abgelehnt wurde. Zahlreiche Verbrechen, durch die immer wieder die Ineffizienz des Rechtsstaats und des Sicherheitsapparats sichtbar

wurden, unterstützten allerdings die Forderung der Zivilgesellschaft.

Im Dezember 2006 wurde schließlich das von der Bevölkerung geforderte Abkommen zur Gründung einer Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala (CICIG) zwischen der Regierung und der UNO unterschrieben. Im darauffolgenden Jahr nahm die Kommission, die heute als Vorbild für die Zusammenarbeit internationaler und nationaler Institutionen gilt, ihre Arbeit auf. Die CICIG hat sich zum Ziel gesetzt, die Verflechtungen zwischen staatlichen Vertretern und kriminellen Banden aufzudecken, die Täter strafrechtlich zu verfolgen und eine unabhängige Staatsanwaltschaft aufzubauen. Die Zusammenarbeit der internationalen Kommission und der nationalen Justiz wird dadurch sichergestellt, dass die Kommission nicht ohne die guatemaltekische Staatsanwaltschaft tätig werden kann. Mittlerweile arbeiten im Hauptsitz der CICIG in Guatemala-Stadt mehr als 250 Personen aus rund fünfzehn Ländern zusammen.

Da die Kommission in ihrer Arbeit äußerst erfolgreich ist, ist sie korrupten Politiker\*innen ein Dorn im Auge. Die CICIG erhebt Anklagen gegen Politiker\*innen, Minister\*innen und Präsidenten. Für Aufsehen sorgte 2015

die Aufdeckung des sogenannten Falls „La Línea“, mit der die telefonische Absprache zur Veruntreuung von Zollzahlungen bezeichnet wird. Die Ermittlungen der CICIG legten kriminelle Strukturen bis in die höchsten Ränge der Politik offen. Ebenfalls unter Verdacht stand der damalige Präsident Otto Pérez Molina, dessen Verhaftung von der Generalstaatsanwältin Thelma Aldana noch im selben Jahr veranlasst wurde. Noch im Verlauf der Ermittlungen hatte Pérez Molina versucht, das Mandat der Kommission zu beenden, was durch enormen öffentlichen Druck jedoch verhindert werden konnte. Die Gerichtsprozesse sind bislang nicht abgeschlossen. Der Versuch, mittels verschiedener Anträge auf Haftverschonung einer Gefängnisstrafe zu entgehen, wurde jedoch abgelehnt.

Nun stehen der amtierende Präsident Jimmy Morales, dessen Sohn und Bruder sowie weitere Politiker\*innen ebenfalls unter Korruptionsverdacht. 2017 versuchte Morales, den seit 2013 amtierenden Kommissionsleiter Iván Velásquez, ehemaliger kolumbianischer Staatsanwalt, des Landes zu verweisen. Als im August 2018 neue Informationen über verheimlichte Wahlkampfspenden bekannt wurden, teilte Morales dem UN-Generalsekretär mit, das Mandat der Kommission zu September 2019 auslaufen zu lassen. Ein erneuter Versuch, Velásquez aus dem Land zu schmeißen, scheiterte aufgrund eines Entscheids des Verfassungsgerichts und den

Protesten der Zivilgesellschaft. Im September, Velásquez hielt sich zu der Zeit in Washington auf, verhängte die guatemaltekische Regierung schließlich ein Einreiseverbot: „Die CICIG ist eine Bedrohung geworden für den Frieden in Guatemala. Sie hat ein Terrorsystem errichtet, das Andersdenkende verfolgt und gegen sie ermittelt. Die Kommission wird beschuldigt, Zeugenaussagen zu erzwingen. Diese Menschen macht sie dann zu Kronzeugen, indem sie ihnen einen verkürzten Prozess und Straffreiheit anbietet“, so Morales vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen. Im Januar spannte sich die Situation weiter an, als Jimmy Morales Mitglieder der CICIG des Landes verwies. Das Oberste Verfassungsgericht Guatemalas ordnete daraufhin mit sofortiger Wirkung die Wiedereinreisemöglichkeit von Iván Velásquez sowie das Aufenthaltsrecht der übrigen Kommissionsmitglieder an. Aus Angst vor Repressionen ist für Velásquez die Leitung der Kommission allerdings derzeit nur aus dem Ausland möglich.

Der Erfolg der Kommission ist bemerkenswert: Innerhalb von vier Jahren konnten mehr als 60 kriminelle Netzwerke aufgedeckt, 310 Verurteilungen gesprochen und 34 Gesetzesreformen angestoßen werden. Für ihren mutigen Einsatz erhielten Iván Velásquez sowie die Generalstaatsanwältin Thelma Aldana im Herbst 2018 den *Right Livelihood Award*, der auch als „Alternativer Nobelpreis“ bekannt ist.

## HONDURAS

### Berta Cáceres – Gerechtigkeit in Sicht?

Im März 2016 wurde die Umwelt- und Menschenrechtsaktivistin Berta Cáceres in ihrem Haus erschossen. Im November 2018 wurden für diese Tat mehrere Täter verurteilt. Dennoch war das Verfahren von vielen Unregelmäßigkeiten begleitet und die Auftraggeber für den Mord wurden bislang nicht verurteilt.

Die Umwelt- und Menschenrechtsaktivistin Berta Cáceres wurde in der Nacht vom 2. März 2016 in ihrem Haus im Dorf La Esperanza im Departement Intibucá erschossen. Kurz vor ihrem Tod hatte sie Gustavo Castro von den Morddrohungen erzählt, die sie in den Wochen zuvor erhalten hatte. Der mexikanische Menschenrechtsaktivist war in der Tatnacht ihr Gast, er wurde Augenzeuge des Mordes. Die Täter schossen auch auf ihn, er überlebte schwer verletzt.

Berta Cáceres kämpfte als Sprecherin der Indigenenorganisation COPINH gegen das international finanzierte Wasserkraftwerk von Agua Zarca und das kompromisslose Vorgehen des honduranischen Energieunternehmens Desarrollos Energéticos S. A. (Desa), dessen Staudammprojekt die Existenzgrundlage der indigenen Gemeinschaft der Lenca bedrohte: Wälder, Wasserquellen und Felder sollten dem Bau des Wasserkraftwerks am Fluss Gualcarque weichen. Gemeinsam mit der Indigenenorganisation MILPAH kämpfte COPINH gegen den Raubbau auf indigenem Territorium, der ohne Konsultation der ansässigen Gemeinden vorangetrieben wurde und an dem bis zu der Ermordung von Berta Cáceres auch das deutsche Voith Hydro, ein Joint Venture von Siemens, beteiligt war. Es lieferte die Turbinen für den Staudamm und

legte seine Zusammenarbeit mit der Betreiberfirma Desa erst nach heftigen Protesten aus dem In- und Ausland auf Eis. Mittlerweile wurde das Staudammprojekt eingestellt.

Im November 2017 erschien der Bericht der internationalen Beratergruppe unabhängiger Experten GAIPE (Grupo Asesor Internacional de Personas Expertas), der das Komplott der Ermordung von Berta Cáceres aufdeckte. Der Bericht nannte honduranische Staatsorgane und das Energieunternehmen Desa als Auftraggeber des Mordes. GAIPE reiste viermal nach Honduras, befragte mehr als 30 Personen, analysierte Berichte internationaler Menschenrechtsorganisationen und veröffentlichte in ihrem Bericht Protokolle aus dem Kurznachrichtenverkehr der Verdächtigen, die eindeutige Schlüsse zulassen.

Der honduranische Staat ermittelte gegen acht Personen, die im Verdacht stehen, an der Planung und Durchführung der Ermordung der Umweltschützerin maßgeblich beteiligt gewesen zu sein, darunter ein ehemaliger Desa-Sicherheitschef, ein honduranischer Armeeeingehöriger, der Desa-Manager für Soziales und Umweltfragen und ein mutmaßlicher Auftragsmörder.

Am 17. September 2018 begann der Prozess gegen acht Angeklagte. Er wurde von Unregelmäßigkeiten begleitet, gegen die die Angehörigen von Berta Cáceres immer wieder protestierten. Im Oktober 2018 schlossen die zuständigen Richter die Anwälte der Familie Cáceres vom Prozess aus. Alle Rechtsmittel zur Aufhebung dieser Entscheidung wurden zurückgewiesen.

Die Beobachtungsmission sowie Mitglieder von COPINH, die an dem Prozess teilnehmen konnten, berichteten, dass die Generalstaatsanwaltschaft ihre Arbeit nicht ordnungsgemäß erledigte. So waren die geladenen Zeugen unvorbereitet und die Anhörung der Beweise dauerte erheblich länger als erwartet, weil die Generalstaatsanwaltschaft den Anwälten der Familie von Berta Cáceres die Informationen nicht rechtzeitig zur Verfügung stellte. Zeugenaussagen und Beweismittel, die von COPINH vorgelegt wurden, wurden vom Gericht zurückgewiesen (einschließlich des GAIPE-Expertenberichts). Zudem entschied der Richter, den Vorstand der Staudamm-Betreiberfirma DESA nicht vor Gericht erscheinen zu lassen. Während des Prozesses wurden Gustavo Castros Tochter und Ehefrau in Mexiko eingeschüchtert und bedroht.

Im Laufe des Verfahrens erhielt Amnesty International ein Schreiben der DESA-Anwälte als Reaktion auf einen offenen Brief, der auch von EU-Parlamentarier\*innen unterschrieben worden war. Die DESA-Anwälte beschuldigen Amnesty und weitere NGOs sowie COPINH der Lüge und der unfairen Berichterstattung im Fall Berta Cáceres.

Auch der GAIPE-Bericht wird kritisiert. Amnesty International hat die Vorwürfe zurückgewiesen, die sorgfältige und unabhängige Recherchearbeit betont und sich klar an der Seite von COPINH positioniert.

Am 29. November 2018 wurde ein erstes Urteil im Mordprozess Berta Cáceres gefällt. Das Gericht verurteilte sieben der acht Angeklagten wegen des Mordes an Berta Cáceres, vier von ihnen zusätzlich wegen versuchten Mordes an Gustavo Castro. Unter den Verurteilten sind Auftragsmörder und Mittelsmänner der Tat, darunter Sergio Rodriguez, Ingenieur des Energieunternehmens Desa, Mariano Díaz, Armeeeingehöriger, und Douglas Bustillo, ehemaliger Desa-Sicherheitschef. Die Auftragsmörder Henry Hernández, Elvin Rápalo, Óscar Torres und Edilson Duarte wurden zusätzlich wegen des versuchten Mordes an Gustavo Castro verurteilt. Emerson Duarte Mesa, Bruder eines der Auftragsmörder, wurde freigesprochen, obwohl die Tatwaffe bei ihm gefunden worden war.

Roberto David Castillo Mejia, Mittelsmann des Mordes und Exekutivpräsident des Energieunternehmens Desa, das das Staudammprojekt betreute, sitzt in Untersuchungshaft. Der Prozess gegen ihn soll 2019 fortgesetzt werden.

Für Amnesty führen Unregelmäßigkeiten im Ermittlungs- und Gerichtsverfahren sowie die Tatsache, dass die Auftraggeber weder ermittelt noch strafrechtlich verfolgt wurden, zu dem Schluss, dass das Recht auf Gerechtigkeit, Wahrheit und Wiedergutmachung nicht garantiert wurde. Zwar sind die

Mörder verurteilt, doch die Auftraggeber  
bleiben unbehelligt, obwohl sie spätestens  
seit dem GAIPE-Bericht bekannt sind.

Die Verkündung des Strafmaßes steht ein  
halbes Jahr nach der Verurteilung der sie-  
ben Angeklagten noch aus.

Amnesty International ist solidarisch mit der  
Familie von Berta Cáceres, Gustavo Castro  
und COPINH und wird ihren Kampf für Ge-  
rechtigkeit weiter unterstützen.



Demonstration in Mexiko-Stadt im Oktober. „Das Land wird nicht verkauft“ Foto: © AI privat

## NICARAGUA

### Tödliche Gewalt gegen Protestierende

#### **Willkürliche Festnahmen, Folter und außergerichtliche Hinrichtungen: Die Regierung Nicaraguas geht weiterhin mit Gewalt gegen sozialen Protest vor.**

Seit Anfang Juni geht die Regierung von Präsident Daniel Ortega mit besonderer Härte gegen die Bevölkerung in Nicaragua vor. Im Rahmen der sogenannten "Operation Säuberung" werden Protestierende willkürlich festgenommen und gefoltert. Die Polizei sowie schwerbewaffnete regierungstreue Kräfte setzen tödliche Gewalt ein. Dies geht aus einem neuen Bericht von Amnesty International hervor.

Sechs Monate nachdem die Regierung begann, scharf gegen öffentliche Proteste gegen Sozialreformen vorzugehen, dokumentiert nun der englischsprachige Amnesty-Bericht "Instilling terror: From lethal force to persecution in Nicaragua" schwere Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen des Völkerrechts durch die nicaraguanischen Sicherheitskräfte, welche zwischen dem 30. Mai und 18. September 2018 registriert wurden.

"Präsident Ortega hat nicht nur Polizeikräfte eingesetzt, um Demonstrierende willkürlich festzunehmen und zu foltern, sondern auch auf schwerbewaffnete regierungstreue Gruppen zurückgegriffen, um Menschen, die sich mutig gegen diese repressive Strategie stellten, einzuschüchtern, zu verletzen und zu töten", so Erika Guevara-Rosas, Direktorin der Region Amerikas bei Amnesty International.

"Die nicaraguanischen Behörden müssen alle regierungstreuen bewaffneten Gruppierungen umgehend auflösen und entwaffnen. Und sie müssen dafür sorgen, dass die Polizei bei Demonstrationen Gewalt nur in einem Maß anwendet, das rechtmäßig, verhältnismäßig und notwendig ist. Statt Protestierende als 'Terroristen bzw. Terroristinnen' und 'Putschisten bzw. Putschistinnen' zu kriminalisieren, muss Präsident Ortega die Rechte auf friedliche Versammlung und freie Meinungsäußerung gewährleisten."

Der genannte Bericht folgt auf einen ersten Bericht von Ende Mai. Er zeigt auf, wie die Regierung ihre vorsätzlich tödliche Repressionsstrategie aufrechterhält und noch intensiviert. Ziel ist es, die sozialen Proteste niederzuschlagen und die Zivilgesellschaft durch Repressionen einzuschüchtern. Präsident Daniel Ortega sowie seine Ehefrau gleichzeitig auch Vizepräsidentin Rosario Murillo kriminalisieren die Protestierenden und rechtfertigen damit das gewaltsame Vorgehen der Einsatzkräfte.

Bis zum 24. August sind mindestens 322 Menschen getötet worden, hauptsächlich durch staatliche Akteure. Mehr als 2.000 Personen wurden verletzt. Unter den Getöteten befinden sich auch 21 Sicherheitskräfte. Die nicaraguanischen Behörden haben Berichten zufolge mindestens 300 Personen

wegen ihrer Teilnahme an Protesten angezeigt (Stand: 18. August). Im Gegensatz dazu konnte Amnesty International keine Hinweise darauf finden, dass auch nur eine einzige Person wegen Menschenrechtsverletzungen oder Verletzungen des Völkerrechts wie Folter oder außergerichtlichen Hinrichtungen vor Gericht gestellt worden wäre.

### **Regierungstreue Gruppen ausgestattet mit Kriegswaffen**

Die Behörden setzen zunehmend auf regierungstreue Gruppen, die mit militärischen Waffen ausgestattet sind und häufig mit der Polizei zusammenarbeiten, um Protestierende einzuschüchtern, die Bevölkerung zu schikanieren und von den Demonstrierenden errichtete Straßensperren einzureißen. Bei der Belagerung der Nationalen Autonomen Universität Nicaragua in Managua am 13. Juli wurden Studierende, die den Campus besetzt hatten, von schwerbewaffneten regierungstreuen Gruppen angegriffen. Zwei Personen wurden dabei getötet und mindestens 16 verletzt. Gleichzeitig blockierte die Polizei die Ausgänge und schloss so mehr als 200 Studierende in der Universität ein.

Laut Recherchen von Amnesty International verfügen Polizeikräfte und regierungstreue Gruppen über folgende Waffen: AK-ähnliche Gewehre; Scharfschützengewehre der Machart Dragunov, Remington M24 und FN SPR; RPK und PKM-Maschinengewehre sowie PG-7-Panzerfäuste. Einige dieser Waffen sind Kriegswaffen, die nicht für Einsätze der öffentlichen Sicherheit freigegeben sind.

Auch wenn manche Protestierende selbstgemachte Granatwerfer eingesetzt haben und eine Minderheit Berichten zufolge von Schusswaffen wie Schrotflinten und Gewehren Gebrauch gemacht hat, rechtfertigt dies nicht die unverhältnismäßige und willkürliche Anwendung tödlicher Gewalt gegen Protestierende.

Der Bericht dokumentiert sechs mögliche außergerichtliche Hinrichtungen, die als Verletzungen des Völkerrechts einzustufen wären. Hierzu zählt die Tötung des 16-jährigen Leyting Chavarría: Ihm wurde in der Stadt Jinotega in die Brust geschossen, als die Polizei und regierungstreue Gruppen Straßensperren auflösten. Augenzeugenberichten zufolge wurde der Jugendliche, der mit einer Steinschleuder bewaffnet war, von einem Bereitschaftspolizisten getötet.

### **Folter und willkürliche Festnahmen**

Die Bereitschaftspolizei soll sogar einen ihrer eigenen Kollegen, Faber López, getötet haben. Die Regierung machte mit Schusswaffen bewaffnete "Terroristinnen und Terroristen" für seinen Tod verantwortlich. Laut seiner Familie wies sein Körper jedoch keinerlei Schusswaffenverletzungen, sondern vielmehr Folterspuren auf. Am Abend vor seinem Tod rief Faber López seine Familie an und berichtete, dass er aus dem Polizeidienst aussteigen werde. Gleichzeitig äußerte er die Befürchtung, dass seine Kolleginnen und Kollegen ihn töten wollten.

Der Amnesty-Bericht dokumentiert darüber hinaus mehrere Verstöße gegen das Rechts-

staatsprinzip sowie sieben Fälle möglicherweise willkürlicher Festnahmen. All dies scheint Teil der Strategie der Regierung zur Zerschlagung der Protestbewegung zu sein. Der Bericht beschreibt, auf welche Weise die Sicherheitskräfte Folter einsetzen, um Protestierende zu bestrafen, Beweise zu fälschen und Informationen über Organisatorinnen und Organisatoren von Demonstrationen zu erhalten.

Amnesty International dokumentiert in diesem jüngsten Bericht mindestens zwölf Fälle möglicher Folter, darunter auch der sexualisierten Folter einer jungen Frau in einer staatlichen Haftanstalt. In mehreren Fällen trugen die Betroffenen körperliche Verletzungen davon, die auch einen Monat später beim Gespräch mit Amnesty International noch sichtbar waren.

Zahlreiche Opfer von Menschenrechtsverletzungen zeigen die Vorfälle aus Angst vor Repressalien nicht bei den Behörden an. Denn anstatt zeitnah für eine unparteiische und gründliche Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen zu sorgen, haben die Behörden die angezeigten Menschenrechtsverletzungen strafrechtlich nicht verfolgt.

### **Vertriebene im eigenen Land**

Im Zuge der Krise sind tausende Menschen in Nicaragua zu Binnenvertriebenen geworden. Am 31. Juli gab das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) bekannt, dass beinahe 8.000 Menschen aus Nicaragua Asyl in Costa Rica beantragt haben. Das entspricht durchschnittlich 200 Personen pro Tag. Weitere 15.000 Menschen hatten

bereits um Termine für einen Asylantrag in den kommenden Wochen gebeten.

"Mit seinen immer skrupelloseren und ausgefeilten Strategien zur Unterdrückung der Bevölkerung hat Präsident Ortega für die schlimmste menschenrechtliche Krise in Nicaragua seit Jahrzehnten gesorgt. Tausende Menschen sahen sich bereits gezwungen, ihre Häuser zu verlassen und in anderen Landesteilen oder im benachbarten Costa Rica Schutz zu suchen. Die Regierung unter Ortega muss dieser gewaltsamen Repression umgehend ein Ende setzen", sagt Erika Guevara-Rosas.

Der Bericht von Amnesty International basiert auf zwei Recherchereisen nach Nicaragua und Costa Rica im Juli und September 2018, während der Amnesty 115 Interviews führte und 25 Fälle von Menschenrechtsverletzungen dokumentierte. Für die Kontextanalyse wertete ein Team aus Sachverständigen zudem mehr als 80 Audio-, Video und Bilddateien aus.

Link dieses Artikels:

[www.amnesty.de/sites/default/files/2018-10/Amnesty-Bericht-Nicaragua-Oktober2018.pdf](http://www.amnesty.de/sites/default/files/2018-10/Amnesty-Bericht-Nicaragua-Oktober2018.pdf)

Link zum vorhergehenden Bericht in Englisch bzw. Spanisch:

[www.amnesty.org/en/documents/amr43/8470/2018/en/](http://www.amnesty.org/en/documents/amr43/8470/2018/en/)

[www.amnesty.org/en/documents/amr43/8470/2018/es/](http://www.amnesty.org/en/documents/amr43/8470/2018/es/)

## VERANSTALTUNGEN

### Romerotage

Jedes Jahr im Frühjahr veranstalten Hamburger Nicht-Regierungsorganisationen, so auch unsere Kogruppe, gemeinsam die Romerotage. Der Erzbischof von El Salvador, Oscar Arnulfo Romero, war am 24. März 1980 wegen seines Einsatzes für Frieden und Gerechtigkeit ermordet worden. Unter dem Motto: „Menschenrechte - Ideal und Wirklichkeit“ fand die Veranstaltungsreihe zwischen dem 23. März und dem 27. April statt. Mehr zu den Romerotagen unter: [www.romero-tage.de](http://www.romero-tage.de).

### Politisch motivierte Repression in Mexiko

Am 5. April 2018 war Antonio Cerezo bei uns zu Gast. Die Veranstaltung war eine Kooperation unserer Kogruppe mit peace brigades international (pbi), der Initiative Mexiko und Zapapres. Politisch motivierte Repression und willkürliche Verhaftungen sind in Mexiko traurige Realität. Das Comité Cerezo México hat es sich zum Ziel gesetzt, diese Menschenrechtsverletzungen ausführlich zu dokumentieren. Aufgrund ihrer Arbeit geraten die Mitglieder allerdings oft selbst ins Visier der ausführenden Organe. Antonio Cerezo berichtete über die verheerende Lage in seinem Heimatland.

Das Comité Cerezo México entstand im Jahr 2001 aufgrund der unrechtmäßigen Inhaftierung und Verurteilung der Geschwister Alejandro, Antonio und Hector Cerezo. Während der Haft waren sie Schikanen und Folter ausgesetzt. Zunächst hatten ihre Schwester Emiliana und Francisco sowie Freunde der Gefangenen sich ehrenamtlich für die drei eingesetzt. Inzwischen engagieren sich die Aktivist\_innen im Comité hauptberuflich für die Rechte von politisch Inhaftierten, im Kampf gegen politisch motivierte Repression und gegen Straflosigkeit.

Sie dokumentieren Menschenrechtsverletzungen in ausführlichen Berichten und Analysen. Das Comité ist mittlerweile zu einem wichtigen Akteur in der Menschenrechtsbil-

dung von Einzelpersonen und der Zivilgesellschaft geworden. Der aktuelle Bericht „La ejecución extrajudicial como respuesta del Estado“ liegt in deutscher Übersetzung vor. Die Mitglieder des Komitees erhalten aufgrund ihres Engagements immer wieder Einschüchterungsversuche und Bedrohungen, weshalb sie seit 2002 von der Organisation peace brigades international begleitet werden. Wegen der starken Gefährdung wurden den Komiteemitgliedern seitens der Inter-amerikanischen Menschenrechtskommission im Jahr 2006 Schutzmaßnahmen zuerkannt. 2012 erhielten sie für ihre Arbeit den Aachener Menschenrechtspreis.

Antonio Cerezo erläuterte einem interessierten Publikum den wirtschaftlichen und poli-

tischen Kontext in dem die genannten Menschenrechtsverletzungen erst möglich ge-

macht werden und gab anschließend Beispielfälle zu extralegalen Hinrichtungen, die im neuen Bericht zu finden sind.

### ¡Maiz! Oder wer regiert die Welt?

**Im Rahmen der Romerotage fand am 27. April 2018 die Veranstaltung „MAIZ – Oder wer ernährt die Welt“ statt. Ziel war es, die Besucher\*innen für Gefahren durch die globale Industrialisierung der Landwirtschaft zu sensibilisieren und den Bezug zur Verantwortung transnationaler Unternehmen herzustellen.**

Am Nachmittag wurden in vier Workshops verschiedene Aspekte der Industrialisierung der Landwirtschaft thematisiert, wobei Menschenrechte und der Erhalt von Biodiversität im Vordergrund standen. Neben Fachdiskussionen zu den Themen „Menschenrechtsverletzung durch Pestizide“ und „Biodiversität und Widerstand gegen die Agrarindustrie in Mexiko“ wurden auch künstlerische Workshops angeboten, in denen die politischen Themen über Musik und Malerei vermittelt wurden. In einem der Workshops malten die Teilnehmer\*innen gemeinsam ein Wandbild zum Thema Mais und Kapitalismus in einem anderen beschäftigten sie sich mit Interpretationen politischer Liedermacher\*innen aus Lateinamerika.

Im Anschluss an die Workshops gab es eine künstlerische Performance zum Thema „Maíz – Das, was Leben trägt“. Anhand des Länderkontexts Mexiko wurden in einer spanisch- und deutschsprachigen Lesung Perspektiven und Gründe für das Aussterben des Getreides, dessen biologische Vielfalt sowie historische, kulturelle und künstlerische Bedeutungen aufgezeigt. Ebenso wurde die

sozio-ökonomische Entwicklung, globale Zusammenhänge und ihre Auswirkungen auf Mensch und Natur nachgezeichnet.

In der abschließenden Podiumsdiskussion zum Thema „Wer ernährt die Welt und zu welchem Preis?“ mit Peter Clausing vom Pestizid Aktions-Netzwerk, Sandra Blessin von der Agrar Koordination, Christian Schliemann vom European Center for Human and Constitutional Right und Santiago Penedo vom Kollektiv tonalli wurde diskutiert, wie ein gerechtes Welternährungssystem aussehen kann, was aktuell politisch passiert und wie wir von unseren Erfahrungen gegenseitig lernen können.

Die Veranstaltung fand teilweise mehrsprachig mit Referent\*innen verschiedenen Alters, Geschlechts, Nationalität und Expertisen statt. Künstler\*innen, Aktivist\*innen und Wissenschaftler\*innen waren gleichermaßen an der Durchführung beteiligt, was zu der Vielseitigkeit des Programms beitrug. Inhaltlich wurde der Bogen von der Schöpfungsgeschichte der Maya bis hin zu den Auswirkungen der Fusion transnationaler Konzerne wie Bayer und Monsanto geschlagen.

Dank der Kooperation mit TIDE – Hamburgs Communitysender und Ausbildungskanal – konnten die Performance und Podiumsdiskussion aufgezeichnet werden und dadurch einem noch größeren Publikum zugänglich

gemacht werden. Das Ergebnis wurde mehrfach im Hamburger Kabelfernsehen ausgestrahlt sowie online zur Verfügung gestellt.

## Lateinamerikatage

Im Herbst 2018 traten wir als Mitveranstalter der Lateinamerikatage in Hamburg auf und richteten selbst drei Diskussionsabende in Kooperation mit peace brigades international (pbi) und Zapapres aus. Unter dem Motto „*Seien wir realistisch – wagen wir das Unmögliche!*“ fand die Veranstaltungsreihe zwischen dem 11. Oktober und 19. November statt. Mehr zu den Lateinamerikatagen unter: [www.lateinamerika-tage.de](http://www.lateinamerika-tage.de).

### Mexiko: Gewalt in Guerrero, staatliche Repression und Widerstand

Am 8. November 2018 luden wir zu unserer zweiten Veranstaltung ein. Die Psychologin Felicitas Treue zeichnete ein umfassendes Bild der staatlichen Repression in Mexiko. Felicitas Treue ist Mitbegründerin des 2004 von Mediziner\*innen und Psycholog\*innen gegründeten Kollektivs gegen Folter und Straflosigkeit (CCTI), das sich zum Ziel gesetzt hat, die in Mexiko von staatlichen Sicherheitskräften systematisch angewandte Folter zu bekämpfen. Die Arbeit des Kollektivs setzt ihren Schwerpunkt auf die psychologische und ärztliche Begleitung von Folteropfern. Zudem bieten sie den Opfern juristische Unterstützung an und machen die verbreitete Praxis der Folter sowie die drauffolgende Straffreiheit der Täter öffentlich.



Felicitas Treue während ihres Vortrages. Foto © AI privat

In ihrem Vortrag verwies Felicitas Treue auf die gesellschaftlichen Auswirkungen von Folter. So verfolge staatliche Repression das Ziel, ungewünschte Veränderungsprozesse, Widerstand und Solidarität innerhalb der Gesellschaft durch Einschüchterung und Gewalt zu zerschlagen. Aus diesem Grund arbeite das Kollektiv gegen Folter und Straflosigkeit nicht nur mit direkten Folteropfern, sondern immer auch mit den Gemeinden, um die Wiederaufnahme der Opfer in ihre Gemeinschaft zu unterstützen.

Im Verlauf ihres Vortrags betonte Felicitas Treue die Gewalt in Mexiko in ihren soziopolitischen Kontext ein. Als eine der zentralen Ursachen für die grassierende Gewalt im Land führte sie die soziale Ungleichheit und die nahezu hundertprozentige Straflosigkeit an. Insgesamt leben in Mexiko 54% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Dabei seien besonders ländliche Regionen, in denen der Anteil der indigenen Bevölkerung

hoch ist, von der Ungleichheit betroffen. Mit Blick auf das wirtschaftlich lukrative neoliberale Wirtschaftsmodell lägen die Auslöser für die daraus resultierenden sozialen Konflikte nahe: Die Ausbeutung natürlicher Ressourcen durch sogenannte „Megaprojekte“ transnationaler Unternehmen, die ungleiche Landverteilung oder der Import regionaler Landwirtschaftsprodukte wie Mais und Bohnen aus den USA führen dazu, dass der ländlichen Bevölkerung ihre Lebensgrundlage entzogen wird. Demnach sind Bäuerinnen und Bauern häufig der Wahl ausgeliefert, abzuwandern oder sich dem lukrativeren Drogenanbau anzuschließen.

Erst dieses Geflecht der sozialen Ungleichheit in ihren unterschiedlichsten Ausführungen habe dazu geführt, dass die Organisierte Kriminalität insbesondere in ländlichen Regionen wie im Bundesstaat Guerrero dermaßen an Kontrolle gewinnen konnte. Mittlerweile sei dort keine klare Trennung des Staates

von der Organisierten Kriminalität mehr möglich. Beide Seiten sind eng miteinander verwoben. Das erschreckende Ausmaß dieser Vernetzung wurde u. a. 2014 durch das Verschwindenlassen der 43 Studenten der ländlichen Hochschule von Ayotzinapa deutlich, bei der die Organisierte Kriminalität mit politischen Vertretern und staatlichen Sicherheitskräften zusammenarbeitete.

Abschließend hob Felicitas Treue die enorme Stabilität der sozialen Bewegungen hervor. Trotz der dramatischen Menschenrechtslage und der weit verbreiteten Repression durch staatliche Sicherheitskräfte seien die Widerstandsbewegungen in Guerrero sowie in den übrigen Teilen des Landes gefestigt. Obwohl soziale Proteste auch aus historischer Sicht stets gewaltsam bedrängt worden sein, sei das unermüdliche Engagement

und die Zuversicht zivilgesellschaftlicher Organisationen nie gebrochen worden. Möglicherweise sei es gerade das steigende Ausmaß an Gewalt, das Bürger\*innen dazu bewegt, sich für ihre Rechte und die Aufklärung der Verbrechen einzusetzen. Schließlich brächten zehntausende Morde und verschwundene Familienangehörige auch mit sich, dass immer mehr Menschen direkt von den gewaltsamen Verlusten betroffen seien.

Mit ihrem Vortrag gelang es Felicitas Treue, trotz der Ausführungen über die dramatische Menschenrechtslage in Mexiko den Zuhörer\*innen die Zuversicht und Hoffnung zu übermitteln, die auch die zahlreichen Menschenrechtsaktivist\*innen und -organisationen in Mexiko dazu antreibt, sich vehement für ihre Rechte und die Aufklärung der Verbrechen einzusetzen.

### **Mexiko: Gesundheitsversorgung im Süden Mexikos**

Die letzte unserer drei Veranstaltungen hatte die Gesundheitsversorgung im Süden Mexikos zum Thema. Dazu luden wir gemeinsam mit Zapapres e. V. am 15. November 2018 ins Kulturhaus Eppendorf ein. Unsere vortragenden Gäste waren der Agrarwissenschaftler und Journalist Dr. Peter Clausing sowie Joel Heredia Cuevas, Arzt und Koordinator der Gesundheitsorganisation SADEC (Salud y Desarrollo Comunitario), welche im Bundesstaat Chiapas acht Gesundheitszentren betreibt. Jutta Klass von Zapapres e. V. übersetzte während der Veranstaltung simultan.

Die zapatistischen Gemeinden in Chiapas, die sich mit der Befreiungsbewegung 1994 nach indigenem Recht und autonom organisierten, verteidigen bis heute ihre hart erkämpfte Selbstbestimmung und ihr Recht auf eigenes Land als Lebensraum. Chiapas gehört zu den ärmsten Regionen des Landes. Die Müttersterblichkeit ist drei- bis viermal höher als in den übrigen Bundesstaaten

(mit Ausnahme von Guerrero und Oaxaca, wo ähnlich hohe Sterbezahlen registriert sind). Ein Regierungsvorhaben, die Müttersterblichkeit zu senken, schlug fehl. Fern von staatlichen Gesundheitswesen sind die indigenen Gemeinden daher bei Geburten wie auch bei Erkrankungen auf traditionelle Behandlungsmethoden angewiesen. Im Gespräch mit Dr. Peter Clausing berichtete Joel

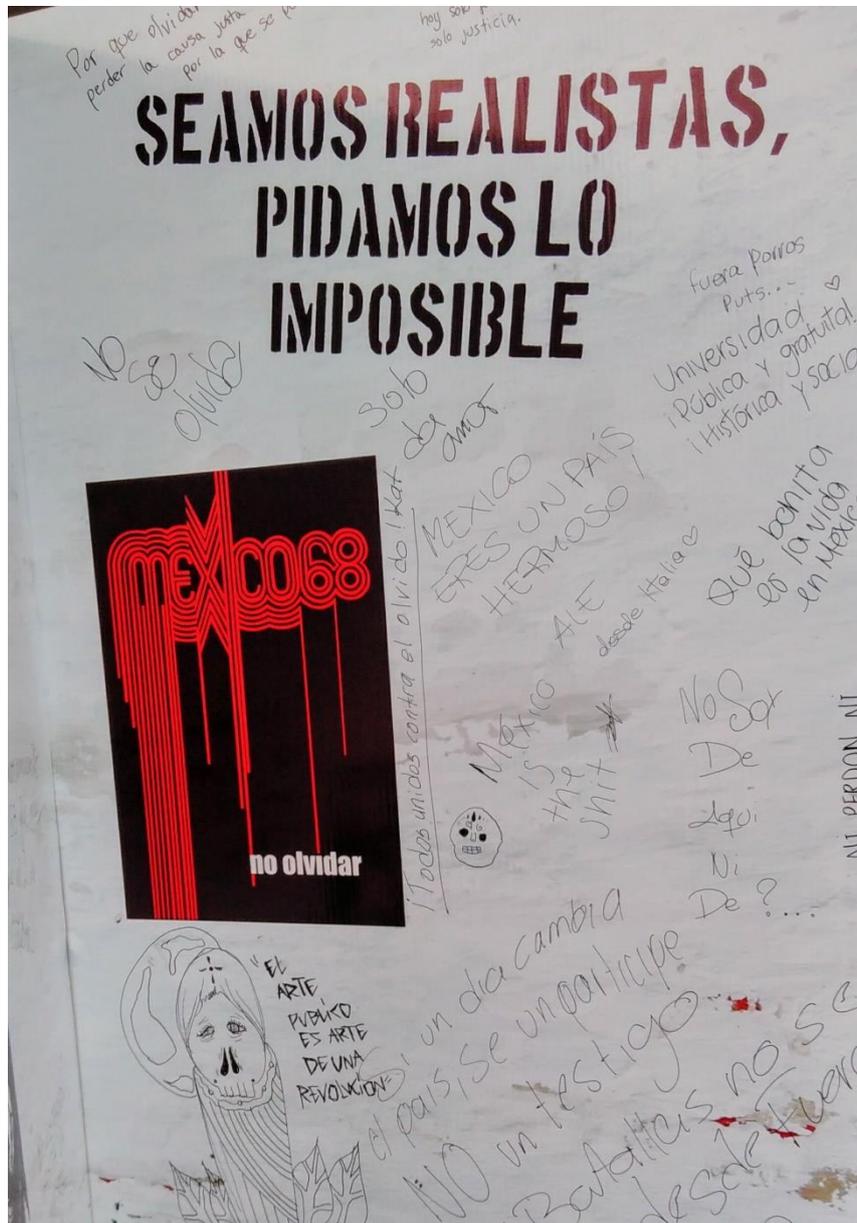
Heredia Cuevas über den Mangel einer effizienten Gesundheitsversorgung in den ländlichen Gemeinden von Chiapas.

In den 1980er Jahren gehörte Heredia Cuevas einer Gruppe von Ärzt\*innen an, die im Anschluss an ihr Studium andere Zugänge zur Medizin suchten. Dabei suchten sie den Austausch mit indigenen Gemeinden, die über ausgeprägte Kenntnisse über alternative Behandlungsmethoden verfügten. Aus Mangel an Medikamenten, finanziellen Ressourcen und aufgrund fehlender Gesundheitszentren ist das Wissen über Naturheilmittel und alternative Methoden in den ländlichen Regionen weiterhin stark verbreitet. Während Heilpraktiker\*innen und Hebammen der Gemeinden ihr Wissen über traditionelle Medizin teilten, brachten die Studierenden ihre Kenntnisse der modernen Medizin ein. Dabei verfolgten die Studierenden stets das Ziel, gegenüber den Gemeinden nicht als „Wissende“ aufzutreten, sondern einen Austausch auf Augenhöhe zu entwickeln. Durch die Ausbildung von Ersthelfer\*innen („promotores de salud“) konnten die Medizinstudierenden das Wissen der Landärzt\*innen um Kenntnisse der modernen Medizin erweitern. Dazu gehörte beispielsweise die Wunddesinfizierung, die Behandlung von Malariakranken oder Maßnahmen zur Erstversorgung. Im Gegenzug können die Studierenden von den indigenen Gemeinden erlernen, pflanzliche Heilmittel anstelle starker Antibiotika anzuwenden und Erkrankte zu behandeln, ohne dass eine funktionierende Infrastruktur, Medikamente, Geräte und Labore zur Verfügung stünden. Darüber hinaus erfahren die Studierenden durch ihren Einsatz in Chiapas, dass es für

Krankheiten und Schmerzen aufgrund der kulturellen Unterschiede durchaus unterschiedliche Beschreibungs- und Ausdrucksformen gibt. Vor allem lernen die Studierenden jedoch ihr dogmatisches Gesundheitskonzept zu erweitern: Während sich das moderne Medizinstudium nämlich darauf beschränkt, Krankheiten zu diagnostizieren und zu behandeln, steht in den indigenen Gemeinden vielmehr die Erhaltung der Gesundheit im Fokus. So könnten zahlreiche Erkrankungen durch ein gesundes Lebensumfeld und eine gesunde Lebensweise von vornherein verhindert werden.

Mit dem bewaffneten Aufstand der Zapatisten im Jahr 1994 in Chiapas wurde den Studierenden zunächst der Zugang zu den Gemeinden auf dem Land verwehrt. Im Laufe der Zeit gelang es den Beteiligten, die seit Beginn mit den autonomen Gemeinderegierungen zusammengearbeitet hatten, allerdings, Absprachen zu treffen, sodass wieder Ersthelfer\*innen ausgebildet werden konnten. Noch im selben Jahr gründeten die Studierenden die Nichtregierungsorganisation SADEC. Seitdem konnten mehr als 300 Medizinabsolvent\*innen ihr im Anschluss ans Studium verpflichtendes soziales Jahr in den zapatistischen Gemeinden in Chiapas ableisten. Mittlerweile sind durch die Zusammenarbeit der Gemeinden mit SADEC acht autonome Kliniken entstanden, welche einen wertvollen Beitrag zu der Gesundheitsversorgung auf dem Land tragen. Trotz großer kultureller Unterschiede ist durch die Zusammenarbeit im Laufe der Jahrzehnte ein wertvoller Austausch und eine gegenseitige Ak-

zeptanz entstanden, die es letztlich ermöglichen, beide Gesundheitsansätze miteinander zu verknüpfen.



Plakat in der Universität UNAM in Mexiko-Stadt. "Seien wir Realisten. Lasst uns das Unmögliche fordern" Foto: © AI privat

## Liedvortrag mit Karla Lara

Im Juli luden wir gemeinsam mit der Landesstiftung Umdenken der Heinrich-Böll-Stiftung die honduranische Sängerin, Feministin und Widerstandskämpferin Karla Lara zum Konzert in die cantina fux & ganz ein.



Karla Lara bei ihrem Konzert in Hamburg. Foto: © AI privat

Karla Lara (geboren 1968), die in Honduras „Stimme des Widerstandes“ genannt wird, ist Sängerin, Feministin und politische Aktivistin. Im Kampf für Frauenrechte, die Achtung kultureller Rechte, gegen Land Grabbing und für Umweltschutz, singt, schreibt und publiziert sie. Die Singer-/Songwriterin ist Teil der pluralistischen und weitläufigen jungen Musikszene von Honduras, welche mit Rekurs auf die Geschichte, Kultur und traditionellen Rhythmen ihres Landes ein Gefühl der Zugehörigkeit, der „alternativen Staatsbürgerschaft“ herstellen möchte. Karla Laras Musik erzählt von den ambivalenten Erfahrungen, die das Leben vieler Frauen prägen:

Für ihren Beitrag zum politischen Widerstand wurde sie 2013 mit dem Creative Activist Award der US-amerikanischen Nichtregierungsorganisation ArtCorps geehrt.

Außer in Deutschland trat sie noch in Irland, Italien, den Niederlanden und Spanien auf.

Hier ist eine Auswahl von Liedern:

POR SER MUJERES (Weil wir Frauen sind)

[www.youtube.com/watch?v=vWJtBcrmkIY](http://www.youtube.com/watch?v=vWJtBcrmkIY)

ANTES DEL PUENTE (Vor der Brücke)

[www.youtube.com/watch?v=HqBsFJIW6fA](http://www.youtube.com/watch?v=HqBsFJIW6fA)

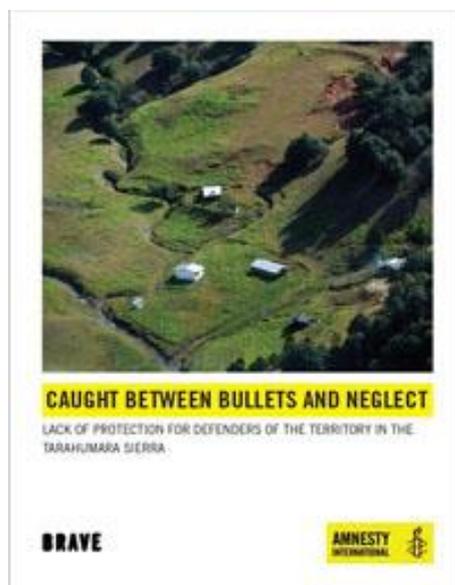
LA CASA DE LA JUSTICIA (Das Haus der Gerechtigkeit)

[www.youtube.com/watch?v=6Rbs6kCKn6g](http://www.youtube.com/watch?v=6Rbs6kCKn6g)

## BERICHTE

### Mexiko: Zwischen Kugeln und Vergessen. Fehlende Schutzmaßnahmen für Landverteidiger\*innen in der Region La Sierra Tarahumara

Dieser Bericht zeigt das Versagen des mexikanischen Staates auf, Verteidiger\*innen von Land und Umwelt in der Region Sierra Tarahumara effektiv vor Bedrohungen zu schützen. Amnesty International dokumentierte den Fall des Menschenrechtsverteidigers Julián Carrillo, der im Oktober 2018 ermordet wurde, obwohl er unter dem Schutzprogramm für Menschenrechtsverteidiger\*innen und Journalist\*innen stand.



Dieses Dokument zeigt das Versagen des mexikanischen Staates auf, für einen angemessenen Schutz von Land- und Umweltverteidiger\*innen in der Region La Sierra Ta-

rahamara zu sorgen, insbesondere der Gemeinschaft der Rarámuri Coloradas de la Virgen. In diesem Bericht ist der Fall des Landverteidigers Julián Carrillo dokumentiert, der im Oktober 2018 getötet wurde, obwohl er unter dem Schutz gemäß den Maßnahmen zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern und Journalisten stand.

Den ausführlichen Bericht auf Englisch bzw. Spanisch können Sie unter folgendem Link ansehen bzw. herunterladen:

[www.amnesty.org/en/documents/amr41/9554/2019/en/](http://www.amnesty.org/en/documents/amr41/9554/2019/en/)

[www.amnesty.org/en/documents/amr41/9554/2019/es/](http://www.amnesty.org/en/documents/amr41/9554/2019/es/)

### Mexiko: Die Nationalgarde des Präsidenten López Obrador: Fünf Wahrheiten, die man wissen muss

Einer der zentralen Punkte der vorgeschlagenen Sicherheitsstrategie des neuen Präsidenten Andrés Manuel López Obrador ist die Errichtung einer Nationalgarde unter militärischer Führung. Ein grundlegender Wandel in der inneren Sicherheitspolitik kann daher kaum erwartet werden.



**LA GUARDIA NACIONAL DEL  
PRESIDENTE LÓPEZ OBRADOR:**  
CINCO REALIDADES QUE HAY QUE SABER



Einer der Kernpunkte der vorgestellten Sicherheitsstrategie des neuen Präsidenten Andrés Manuel López Obrador ist die Schaffung einer Nationalgarde, zusammengesetzt

aus 50.000 bis 60.000 Mitgliedern der Militär-, Marine- und Bundespolizei, sowie Präsidentengarde und Truppeneinheiten. Bei dem Vorstoß wird klar, dass der Präsident einer seinen Vorgängern stark ähnelnde Strategie verfolgt und die Nationalgarde in Wirklichkeit eine Bedrohung für die Sicherheit und die Menschenrechte der Menschen in Mexiko darstellt.

Den ausführlichen Bericht auf Englisch bzw. Spanisch können Sie unter folgendem Link ansehen bzw. herunterladen:

[www.amnesty.org/en/documents/amr41/9578/2018/en/](http://www.amnesty.org/en/documents/amr41/9578/2018/en/)  
[www.amnesty.org/en/documents/amr41/9578/2018/es/](http://www.amnesty.org/en/documents/amr41/9578/2018/es/)

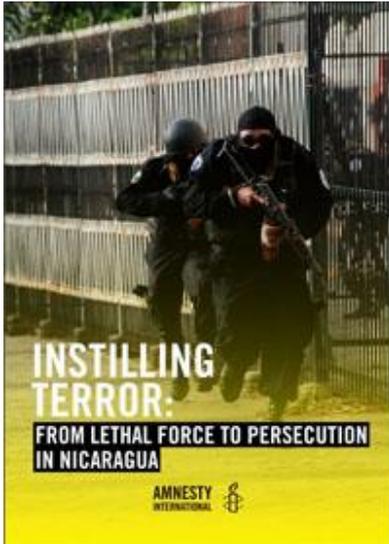
### **Nicaragua: Willkürliche Festnahmen, Folter und außergerichtliche Hinrichtungen: Die Regierung Nicaraguas geht weiterhin mit Gewalt gegen öffentlichen Protest vor.**

Dieser Bericht dokumentiert zahlreiche Menschenrechtsverletzungen, die zwischen dem 30. Mai und dem 18. September 2018 begangen wurden. Außerdem wird detailliert auf die verschiedenen Formen der Unterdrückung des Protestes eingegangen. Amnesty International vermutet, dass die Gewalt nicht nur mit dem Wissen der höchsten Amtsträger ausgeführt worden, sondern auch von ihnen angeordnet wurde.

Seit Anfang Juni kommt es verstärkt zu Repressionen gegen die Bevölkerung in Nicaragua durch die Regierung von Präsident Daniel Ortega. Im Rahmen der sogenannten "Operation Säuberung" werden Protestierende willkürlich festgenommen und gefoltert. Die Polizei sowie schwerbewaffnete regierungstreue Kräfte setzen tödliche Gewalt ein. Dies geht aus einem neuen Bericht von Amnesty International hervor.

Den ausführlichen Bericht auf Englisch bzw. Spanisch können Sie unter folgendem Link ansehen bzw. herunterladen:

[www.amnesty.org/en/documents/amr43/9213/2018/en/](http://www.amnesty.org/en/documents/amr43/9213/2018/en/)  
[www.amnesty.org/en/documents/amr43/9213/2018/es/](http://www.amnesty.org/en/documents/amr43/9213/2018/es/)



Eine deutsche Zusammenfassung können Sie hier einsehen:

[www.amnesty.de/informieren/aktuell/nicaragua-toedliche-gewalt-gegen-protestierende](http://www.amnesty.de/informieren/aktuell/nicaragua-toedliche-gewalt-gegen-protestierende)

## Honduras: Protest verboten: Der Einsatz von Gewalt und willkürlicher Verhaftung zur Unterdrückung sozialen Protests

Die honduranischen Sicherheitskräfte haben mit exzessiver Gewalt die Wellen von Demonstrationen nach der Wahl am 29. November 2017 unterdrückt. Mehrere hundert Personen wurden verhaftet. Vielen von Ihnen wurden ihre grundlegenden Rechte für einen fairen Prozess verweigert.



Bigem Einsatz von Gewalt. Die Festgenommenen berichteten davon inhaftiert worden zu sein, ohne Gründe genannt zu bekommen. Außerdem wurde ihnen jeglicher Kontakt zur Außenwelt untersagt.

Den ausführlichen Bericht auf Englisch bzw. Spanisch können Sie unter folgendem Link ansehen bzw. herunterladen:

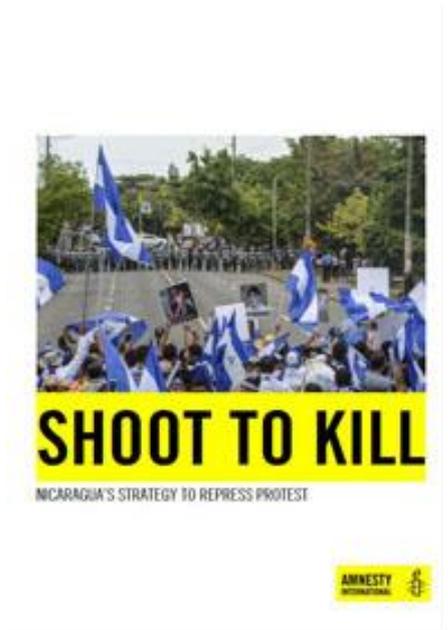
[www.amnesty.org/en/documents/amr37/8289/2018/en/](http://www.amnesty.org/en/documents/amr37/8289/2018/en/)

[www.amnesty.org/en/documents/amr37/8289/2018/es/](http://www.amnesty.org/en/documents/amr37/8289/2018/es/)

Bei Protesten gegen den amtierenden Präsidenten Honduras, Juan Orlando Hernández, griffen Sicherheitskräfte zu unverhältnismä-

## Shoot to kill: Repressionsstrategien gegen den Protest in Nicaragua

Als Antwort auf die sozialen Proteste im April und Mai 2018 wendet die Regierung Nicaraguas eine Strategie der gewaltsamen Repression an, die man so seit Jahren in diesem Land nicht mehr gesehen hat.



Jahre sind die Anzeichen für eine Verschlechterung der Menschenrechtsslage immer deutlicher geworden. Dazu hat Amnesty International schon im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen von 2016 besorgt Stellung genommen: die Rückschritte, die Nicaragua gemacht hat, näherten es "in bestürzender Schnelligkeit den finstersten Zeiten, die das Land in den letzten Jahrzehnten durchgemacht hat".

Den ausführlichen Bericht auf Englisch bzw. Spanisch können Sie unter folgendem Link ansehen bzw. herunterladen:

[www.amnesty.org/en/documents/amr43/8470/2018/en/](http://www.amnesty.org/en/documents/amr43/8470/2018/en/)

[www.amnesty.org/en/documents/amr43/8470/2018/es](http://www.amnesty.org/en/documents/amr43/8470/2018/es)

Nicaragua wird seit drei aufeinander folgenden Präsidentschaftsmandaten von Daniel Ortega regiert. Seine Frau, Rosario Murillo, bekleidet das Amt der Vizepräsidentin seit dem Januar 2017. Im Laufe der letzten

## Welcome-Kampagne: Mexiko verfolgt die systematische Abschiebung von Menschen aus El Salvador, Honduras und Guatemala

Mexiko ist Zeuge einer verborgenen Flüchtlingskrise, die sich vor der Haustür abspielt. Seit Jahren verlassen Tausende die benachbarten Länder und durchqueren Mexiko auf der Suche nach Sicherheit, Freiheit oder wirtschaftlichen Möglichkeiten.



In Mexiko werden die Rechte zentralamerikanischer Migrantinnen und Migranten, welche vor der Gewalt und Chancenlosigkeit in ihren Heimatländern fliehen, systematisch verletzt. Das Nationale Migrationsinstitut (*INM*) verstößt regelmäßig gegen das für Me-

xiko bindende internationale *Non-Refoulement-Prinzip*. Das Prinzip verbietet die Abschiebung von Asylbewerberinnen und -bewerbern, wenn diese bei der Rückkehr in ihre Heimatländer dem ernsthaften Risiko von Menschenrechtsverletzungen, Bedrohung oder Verfolgung ausgesetzt sind. Für den im Rahmen der *I Welcome*-Kampagne von Amnesty International erstellten Bericht „*Übersehen und unzureichend geschützt*“ wurden die Erfahrungen von 500 zentralamerikanischen Migrantinnen und Migranten dokumentiert.

Den ausführlichen Bericht auf Englisch bzw. Spanisch können Sie unter folgendem Link ansehen bzw. herunterladen:

[www.amnesty.org/en/documents/amr41/7602/2018/en/](http://www.amnesty.org/en/documents/amr41/7602/2018/en/)

[www.amnesty.org/en/documents/amr41/7602/2018/es/](http://www.amnesty.org/en/documents/amr41/7602/2018/es/)